

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 264 (1985)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Bühler, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-376539>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

Von Dr. Walter Bührer, Trogen

Alljährlich sieht sich der Chronist vor der schier unlösbaren Aufgabe, die Fülle von Geschehnissen im Ausland auf ein paar wenigen Seiten zusammenzufassen. Anders als der Historiker, der über mehr oder minder weit zurückliegende Epochen schreiben kann, ist er genötigt, die weltpolitischen Entwicklungen aus allernächster (zeitlicher) Distanz zu würdigen. Er ist zwangsläufig seiner Zeit, ihrem Denken und ihren geistigen Strömungen verhaftet, und diese Zeitgebundenheit bleibt natürlich nicht ohne Auswirkungen auf seine Beurteilungsmassstäbe und Auswahlkriterien. Was wir heute als wichtig und bedeutsam bewerten, wird in der historischen Rückblende vielleicht zur bedeutungslosen Randerscheinung zusammengeschrumpft sein, und manches nehmen wir wohl noch nicht wahr, was geschichtsträchtige Ansätze in sich birgt. Über seine eigene Zeit zu schreiben ist stets auch mit dem Risiko verbunden, sich von spektakulären Einzelereignissen blenden zu lassen, wie sie durch die Medien oft über Gebühr aufgebläht werden. Wohlan denn, versuchen wir's dennoch — aus nüchterner schweizerischer (appenzellischer) Perspektive heraus!

Selten war wohl — weltweit — so viel vom «Frieden» die Rede wie im «Jahr der Raketen»; selten gab es — seit dem Zweiten Weltkrieg — mehr Konfliktherde auf der Erde, und selten zuvor hielten so viele den Weltfrieden für so akut gefährdet wie in der Berichtsperiode (Mai 1983 bis Mai 1984). Auf das Verhältnis zwischen den beiden Supermächten legte sich noch tieferer Frost, nachdem bereits die sowjetische Intervention in Afghanistan (1979) und die Krise in Polen (1980/81) zu einer nachhaltigen Abkühlung zwischen Ost und West geführt hatten. Zusätzlich kam jetzt die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa hinzu. Vergeblich hatte die UdSSR die Nachrüstung zu verhindern versucht. Sie hätte dies zweifellos in der Hand gehabt; Voraussetzung wäre die Bereitschaft gewesen, ihre rund 350 mobilen SS-20-Rake-

ten abzubauen, die grossenteils gegen Ziele in Westeuropa gerichtet sind. Mit dem Hinweis auf die britischen und französischen Raketenpotentiale beharrte die Sowjetunion indessen auf ihrem «Vorrüstungs-Monopol». Auch die vielfältig zusammengewürfelten «Friedensbewegungen» vermochten die Regierungen der NATO-Staaten nicht von ihrer Entschlossenheit zur Nachrüstung abzuhalten, zumal ein Verzicht unter den gegebenen Umständen einer Kapitulation vor den machtpolitischen Ambitionen der UdSSR gleichgekommen wäre. Zwar gingen im Oktober und November 1983 nochmals Hunderttausende von Westeuropäern auf die Strasse, um ein Ende des (nuklearen) Wettrüstens zu verlangen. Zum befürchteten «heissen» Raketenherbst kam es jedoch weder in der Bundesrepublik noch in andern NATO-Ländern. Ende November billigten die nationalen Parlamente Grossbritanniens, Italiens und Westdeutschlands nacheinander die Raketenstationierung, worauf noch vor Jahresende die ersten Marschflugkörper in England und die ersten Pershing-Raketen in der BRD eintrafen.

Die Reaktion der Sowjetunion liess nicht auf sich warten: Die Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen wurden abgebrochen, ebenso die Gespräche über eine Reduktion der strategischen Arsenale (START) sowie die Wiener Verhandlungen über einen Truppenabbau in Europa (MBFR). Wenige Tage später kündigte der Warschauer Pakt — im Gegenzug zur Nachrüstung — eine «Nach-Nachrüstung» mit nuklearen Kurzstreckenraketen an, die in der DDR und in der Tschechoslowakei stationiert werden sollten.

Weder die KSZE-Folgekonferenz in Stockholm (KVAE) noch der Tod des sowjetischen Staats- und Parteichefs Juri Andropow (am 9. Februar 1984) brachten im Verhältnis der Supermächte eine Entspannung. Andropow, dessen 15monatige Amtszeit sich zu Beginn durch einen beispiellosen Reformwillen im Bereich der Bürokratie und Planwirtschaft

Wie ein Schock wirkte weltweit der Abschuss eines südkoreanischen Zivilflugzeuges über der Insel Sachalin durch sowjetische Kampfpiloten. 269 Menschen fanden bei der Tragödie den Tod. Bild: Weinende Angehörige bei den Trauerfeierlichkeiten in Seoul.



ausgezeichnet hatte, war seit dem Sommer 1983 nicht mehr in der Öffentlichkeit aufgetreten; in seiner krankheitsbedingten Abwesenheit hatten die dem Militär nahestehenden «Falken» um Verteidigungsminister Ustinow und Aussenminister Gromyko spürbar an Einfluss gewonnen. Wider Erwarten schlug mit Andropows Ableben die Stunde Konstantin Tschernenkos, des ehemaligen Breschnew-«Kronprinzen»; der Machtantritt des 73jährigen «Apparatschiks» aus Sibirien, der das Partei- und zwei Monate später auch das Staatspräsidium übernahm, brachte indessen keine aussenpolitische Kurswende. Im Gegenteil: In *Afghanistan* wurden die Kampfhandlungen massiv verstärkt. Mit der Ankündigung, die Olympischen Spiele in Los Angeles *boycottieren* zu wollen, nahmen die Sowjets nicht nur Revanche für 1980 (als Amerikaner und Sportler weiterer westlicher Nationen den Spielen in Moskau fernblieben); sie brachen damit — unter dem fadenscheinigen Vorwand mangelnder Sicherheit für ihre Ath-

leten — auch bewusst eine weitere Brücke zum Amerika-Präsidenten Ronald Reagan ab.

Belastend für das weltpolitische Klima wirkte sich auch der Abschuss eines südkoreanischen *Jumbo-Jets* über der Insel Sachalin aus, bei dem am 1. September 1983 269 Menschen den Tod fanden. Aller Wahrscheinlichkeit nach hatten sich die Piloten auf dem Flug von Anchorage nach Seoul in den sowjetischen Luftraum hinein *verirrt*; wie der Untersuchungsbericht der Internationalen Zivilluftfahrtbehörde ICAO nachwies, war das Flugzeug von den Sowjets weder reglementsconform gewarnt noch zur Landung aufgefordert worden. Befremdlich auch die offizielle Reaktion des Kremls: Zuerst wurde der Vorfall während Tagen geleugnet, später dann durch die Version zu erklären versucht, es habe sich um ein Spionageflugzeug gehandelt.

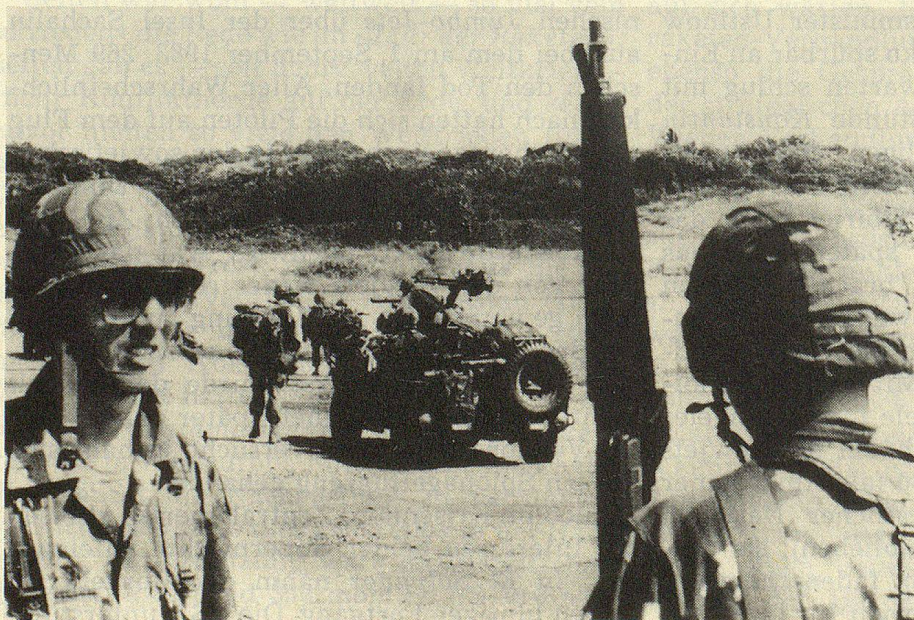
Auch im Krisenherd Zentralamerika stiessen die Interessen beider Supermächte aufeinander: In *El Salvador* nahm der Bürgerkrieg seinen blutigen Fortgang. Die USA unterstütz-

ten die Regierungstruppen mit Militärberatern und wachsender Militärhilfe — trotz dem unheilvollen Wirken sogenannter «Todeschwadronen», die offenbar bis in höchste Regierungskreise hinein Rückhalt genossen. Der Sieg des Christdemokraten *Jose Napoleon Duarte* in den Präsidentschaftswahlen (April/Mai 1984) nährte zum ersten Mal seit langer Zeit wieder (verhaltene) Hoffnungen auf einen Ausweg aus der Sackgasse zwischen rechts-extremem Terrorismus einerseits und marxistisch orientiertem Guerilla-Aufstand andererseits.

Die «verdeckte Kriegsführung» der USA gegen das nicaraguanische Regime, das den salvadorianischen Guerillas umfangreiche Hilfe zukommen liess, blieb freilich nicht ohne erhebliche Risiken, zumal dieser Druck von aussen den Sandinisten willkommene Möglichkeiten bot, die Rechte der (vorderhand noch legalen) Opposition und ihrer Presse weiter zu beschneiden. Zu einer schwerwiegenden politischen Niederlage für Washington führte die *Verminung nicaraguanischer Häfen*, die vom CIA inszeniert worden war («zu wenig», wie ein Kommentator schrieb, «um den Sandinisten ernsthaften Schaden zuzufügen, aber genug, um Amerikas guten Ruf zu zerstören»). Nicaragua trug den Fall vor

den Internationalen Gerichtshof in Den Haag, wo dem Sandinisten-Regime ein bedeutsamer propagandistischer Erfolg beschieden war. Ob sich für die Probleme Zentralamerikas letztendlich eine Friedenslösung finden lässt, ohne dass ein Land nach dem anderen unter die Fuchtel von Hammer und Sichel gerät, oder ob die Konflikte schliesslich in einen grossen Krieg ausmünden werden, ist zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Rückblicks eine offene Frage.

Eine unzweideutige Warnung an Kuba und Nicaragua stellte im Oktober 1983 die Invasion der Inselrepublik Grenada durch Truppen der USA sowie sechs benachbarter Karibik-Staaten dar. Ursache des bewaffneten Eingreifens war ein blutiger Machtkampf innerhalb der linksgerichteten Einheitspartei Grenadas gewesen; Extremisten in Partei und Armee hatten den populären Premierminister *Maurice Bishop* von der Macht verdrängt und unter ungeklärten Umständen ums Leben gebracht. Von der grenadischen Bevölkerung wurde die Intervention mehrheitlich begrüsst, da dadurch ein Zustand extremer Rechtsunsicherheit beseitigt werden konnte. Ausserdem zogen die USA das Gros ihrer Truppen bereits vor Jahresende wieder ab (was vorschnell gezogenen Vergleichen mit der sowjetischen



Amerikanische Kampftruppen auf der Karibik-Insel Grenada: Nachdem Premierminister Bishop einem blutigen Machtkampf zum Opfer gefallen war, intervenierten die USA auf Ersuchen des Generalgouverneurs sowie sechs benachbarter Inselrepubliken. Wenige Wochen nach der Invasion wurden die US-Truppen bis auf ein kleines Kontingent abgezogen.

Besatzungsherrschaft in Afghanistan den Boden entzog). Für das *kommunistische Kuba*, das mit Grenada eng verbündet gewesen und dessen Rolle beim Sturze Bishops undurchsichtig geblieben war, bedeutete die erfolgreiche US-Intervention eine empfindliche ausserpolitische Schlappe.

Washingtons Eingreifen in Grenada, das anfänglich in Lateinamerika und Westeuropa viel Kritik hervorrief, war in gewissem Sinne wohl auch eine Reaktion auf die demütigenden Erfahrungen des Truppenengagements in *Libanon*. Bombenanschlägen auf die Hauptquartiere der amerikanischen und französischen Friedenstruppen in Beirut waren zwei Tage zuvor 240 US-Soldaten und 58 französische Legionäre zum Opfer gefallen. Diese schreckliche Episode verschärfte erwartungsgemäss den Meinungsstreit über Sinn und Unsinn des amerikanischen Engagements in Libanon, das im Herbst 1982 als reine *Friedensmission* — im Sinne eines neutralen Puffers zwischen den Bürgerkriegsparteien und zum Schutze palästinensischer Flüchtlinge — begonnen hatte. Mit dem Wiederaufflackern des Bürgerkriegs, der durch Israels Rückzug aus dem Chouf-Gebirge begünstigt wurde, war auch das Schicksal dieser Friedenstruppen besiegelt: Gegen die (von Syrien aktiv unterstützte) Offensive von Drusen und Schiiten waren die 2000 Amerikaner, Briten, Italiener und Franzosen zum vornherein machtlos. Als Folge ihres Eingreifens zugunsten des bedrängten *Gemayel-Regimes* (und damit der christlichen Bürgerkriegspartei) gerieten die USA mehrmals an den Rand einer direkten Konfrontation mit Syrien. Als sich die Amerikaner (zusammen mit den andern beteiligten Mächten) am 8. Februar 1984 zum Rückzug ihrer Friedenstruppen entschliessen mussten, gewann Damaskus im Ringen um Libanon erneut eine Vormachtstellung: Libanons staatliches Schicksal hing jetzt mehr denn je vom Willen des Assad-Regimes ab. Am 5. März widerrief Präsident Gemayel das im Jahr zuvor abgeschlossene *Truppenrückzugsabkommen* mit Israel, und wiederum auf syrischen Druck wurde schliesslich im Mai 1984 eine neue libanesisische Regierung unter dem Mos-

lem-Politiker *Raschid Karamé* gebildet; erstmals seit Beginn des Bürgerkrieges vor neun Jahren waren darin sämtliche einflussreichen Strömungen durch ihre Führer vertreten. Die Aussichten auf eine friedlichere Zukunft blieben jedoch — angesichts der extremen politischen Zersplitterung des Landes — sehr getrübt.

Kein Frieden auch am *Persisch-Arabischen Golf*: Grossoffensiven der Iraner brachten Irak mehrfach an den Rand einer militärischen Niederlage. Mit der Bombardierung von Erdöltankern, die iranische Verladehäfen ansteuerten, leitete Bagdad eine in ihrer Wirkung unabsehbare Eskalation des Kriegsgeschehens ein; Teheran antwortete mit der Drohung, allenfalls den Seeweg durch die Strasse von Hormus zu sperren. Während Iran sämtliche Friedens- und Vermittlungsvorschläge kategorisch verwarf und auf dem Sturz des Bagdader Regimes bestand, setzte die irakische Armee im Februar 1984 offenbar auch chemische Kampfstoffe ein. Gegenseitige Erbitterung (und Fanatismus) liessen — vier Jahre nach Kriegsbeginn — keinerlei Friedenshoffnungen aufkommen. Nach wie vor tickt am Golf eine Zeitbombe mit unermesslichen Risiken.

Sieht man vom Mittleren Osten, Afghanistan, Kambodscha und Zentralamerika ab, so beschäftigten uns Entwicklungen und Ereignisse in der Dritten Welt doch meist nur sporadisch und am Rande. Von Ausnahmen abgesehen blieben Südamerika, Schwarzafrika und Asien fast durchwegs im Schatten des hiesigen Medien- und Öffentlichkeitsinteresses. Solche Ausnahmen waren etwa: die Demokratisierung *Argentiniens* (unter dem neuen Präsidenten Raul Alfonsín); die nationalen Protesttage gegen das Pinochet-Regime in *Chile*; die *Schuldenkrise*, die vor allem die Staaten Lateinamerikas betraf (allen voran Brasilien, Mexiko, Argentinien und Venezuela); ein neuerliches Aufflackern des *tschadischen* Bürgerkriegs, das durch den Vorstoss tschadischer Rebellen mit libyscher Unterstützung ausgelöst wurde und das zu einem abermaligen Eingreifen französischer Fallschirmjäger führte; *Hungermeldungen* aus

verschiedenen Teilen Afrikas; *Militärputsche* in Nigeria und Guinea; die Waffenstillstandsabkommen zwischen Südafrika und Moçambique bzw. Angola; verbreitete Unruhen in *Pakistan*, die sich gegen das Regime Zia ul-Haqs richteten; die gewalttätigen Unabhängigkeitsbestrebungen extremistischer Sikhs im indischen Bundesstaat *Punjab*; das Bombenattentat gegen Südkoreas Staatschef Chun Doo-Hwan in der burmesischen Hauptstadt *Rangoon*, dem vier Minister und 15 weitere Personen zum Opfer fielen; die Ermordung des philippinischen Oppositionsführers *Benigno Aquino* bei dessen Rückkehr aus dem amerikanischen Exil; schliesslich die Verhandlungen zwischen China und Grossbritannien über das Schicksal der Kronkolonie Hongkong nach 1997.

Insgesamt gesehen blieb *Europa*, zusammen mit Australien, der politisch stabilste Kontinent: In *Grossbritannien* wurde Margaret Thatchers Konservative Partei für eine weitere fünfjährige Regierungszeit bestätigt (9. Juni 1983); in *Italien* brachten Parlamentswahlen den Sozialisten Gewinne und den Christdemokraten massive Verluste (27. Juni 1983), was PSI-Chef Craxi den Posten des Ministerpräsidenten eintrug; in *Deutschland* zeichnete sich ein zaghafter, aber hartnäckiger Wirtschaftsaufschwung ab, derweil *Frankreich* die Kehrseiten der sozialistischen Wirtschaftspolitik unter Präsident Mitterrand immer stärker zu spüren bekam. Die europäischen Einigungsbestrebungen blieben indes im Geringel um finanzielle Ausgleichszahlungen und Agrarreformen weitgehend stecken: Die beiden *EG-Gipfeltreffen* in Athen (6. Dezember 1983) und Brüssel (20. März 1984) endeten ohne Kompromisse in den strittigen Fragen.

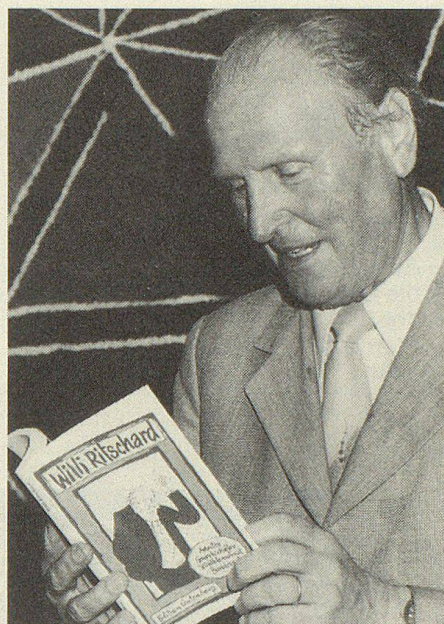
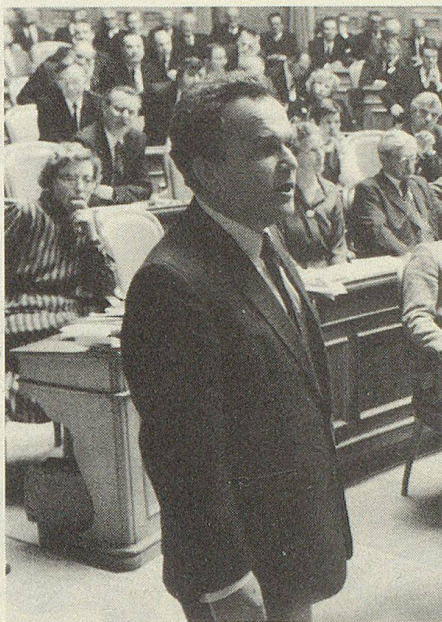
Chronik der schweizerischen Innenpolitik

In der schweizerischen Innenpolitik geriet 1983/84 einiges in Bewegung. Zunächst einmal auf *parteilichem* Gebiet: Zu den Siegern der *eidgenössischen Wahlen* vom 23. Oktober 1983 gehörten die FDP (54 Sitze im Nationalrat, 3 Gewinne), die Nationale Aktion (5 Sitze, 2 Gewinne), die POCH (3 Sitze, 1 Gewinn) so-

wie die (gemässigten) Grünen (3 Sitzgewinne). Verluste erlitten die SPS (47, —3), die CVP (42, —2) sowie die PdA (1, —2), während SVP (23), LdU (8) und EVP (3) ihren Sitzbestand im Nationalrat behaupten konnten. Stärkste Fraktion in der Bundesversammlung wurde die FDP mit 68 Sitzen, vor der CVP (60), der SPS (53), der SVP (28), der LdU/EVP-Fraktion (12) und den Liberalen (11). Durch den Tod des populären Bundesrates *Willi Ritschard*, der zwei Monate vor seinem angekündigten Abschied aus der Landesregierung (am 16. Oktober) plötzlich starb, und durch die Nichtwahl der offiziellen SP-Bundesratskandidatin Lilian Uchtenhagen — gewählt wurde am 7. Dezember im ersten Wahlgang der Solothurner *Otto Stich* — geriet die Sozialdemokratische Partei in eine interne Zerreihsprobe. Parteileitung und (vorwiegend jüngere) Intellektuelle setzten sich für einen Austritt aus dem Bundesrat ein, während der eher gewerkschaftlich orientierte Flügel solchem Lieblingen mit dem «Jungbrunnen der Opposition» skeptisch gegenüberstand. Ein ausserordentlicher Parteitag in Bern (12. Februar 1984) entschied sich schliesslich mit überraschend deutlicher Mehrheit (773 : 511 Stimmen) für einen weiteren Verbleib im Bundesrat.

Bewegung auch in der *Umweltpolitik*: Anstoss dazu gab der bedenkliche Zustand der Schweizer Wälder. Im August 1983 schlugen die Forstfachleute Alarm; eine vom Bund veranlasste Umfrage in sämtlichen Kantonen («Sanasilva») ergab, dass bereits 14 Prozent aller Bäume ernsthaft geschädigt sind (4 Prozent bereits am Absterben). Uneinig waren sich Politiker und Experten indessen in bezug auf die zu treffenden Massnahmen: Zwar hiessen die eidgenössischen Räte — nach über zehnjährigem Ringen — endlich ein einigermaßen «griffiges» Umweltschutzgesetz gut; im März beschloss der Bundesrat eine Reihe von Sofortmassnahmen gegen die Luftverschmutzung (u. a. Einführung des bleifreien Normalbenzins ab 1985/86), und auch ein Kredit von 140 Mio Franken für den Kampf gegen den Borkenkäfer passierte mühelos die parlamentarischen Hürden. Während Umweltschutzkreise und linke Gruppierungen indes-

Rücktritt und Tod des populären Bundesrates Willi Ritschard (Bild rechts von seinem 65. Geburtstag) führten am 7. Dezember 1983 zu einer denkwürdigen Bundesratswahl, in der anstelle der offiziellen SP-Kandidatin Lilian Uchtenhagen der Solothurner Otto Stich (Bild links: Vereidigung) im ersten Wahlgang erkoren wurde. Als Nachfolger Georges-André Chevallaz' wurde der Waadtländer Jean-Pascal Delamuraz gewählt.



sen zusätzliche energische Schritte (evtl. Notrecht) verlangten, warnten die bürgerlichen Parteien vor übereilten Massnahmen. Zu einem wahren «Glaubenskrieg» entwickelte sich das Seilziehen um allfällige neue *Tempolimiten* ausserorts (80) und auf Autobahnen (100), von dem sich einzelne Kreise eine massive Drosselung des Schadstoffausstosses versprachen. In weiten Teilen unseres Volkes bewirkte das Waldsterben indessen ein grundsätzliches *Überdenken unserer Lebensgewohnheiten*, die in vielfältiger Hinsicht Raubbau an unserer natürlichen Umwelt (und damit an unseren und unserer Nachfahren Lebensgrundlagen) bedeuten.

Bewegung kam auch in die *Medien-Szene*: Im Juni 1983 bewilligte der Bundesrat 36 Gesuche für einen fünfjährigen Lokalradio-Versuch, und bereits am 1. November nahmen die ersten Sender — zusammen mit DRS 3 — ihren Betrieb auf. Gleichzeitig sind auch im Fernsbereich eine Reihe neuer Entwicklungen im Gange (z. B. Teletext, Satellitenfernsehen, Pay-TV); sie dürften die hiesige Medienlandschaft in absehbarer Zeit tiefgreifend verändern.

Zu reden gaben 1983/84 ausserdem: die Flüchtlingsfrage und die *Asylpolitik* (7886 Ausländer suchten allein 1983 um Asyl in

unserem Land nach, und die zuständigen Organe sind hoffnungslos überlastet); die geplante Beschaffung von 420 Kampfpanzern des Typs «*Leopard-2*» (Kritik wurde vor allem an den Kosten der Lizenzproduktion und am langsamen Beschaffungsrhythmus laut); die Schliessung des Berner Büros der sowjetischen Nachrichtenagentur *Nowosti* (die sich in unzulässiger Weise in schweizerische Angelegenheiten eingemischt hatte); schliesslich der vom Bundesrat beantragte *UNO-Beitritt*, dem der Nationalrat überraschend deutlich — mit 112 Ja zu 78 Nein — zustimmte.

In *eidgenössischen Abstimmungen* wurden die Zivildienstinitiative II (Tatbeweis) und die SP-Bankeninitiative mit klaren Mehrheiten, die NA-Initiative über den sogenannten «Ausverkauf der Heimat» knapp *verworfen*. Ja sagte der Souverän zur Schwerkverkehrsabgabe und zur Autobahn-Vignette.

Wir sollen uns nicht einbilden, wir könnten unsere politischen Probleme lösen, solange wir der liebenden Wahrnehmung des Mitmenschen unfähig sind. Eine Weltdiktatur können wir ohne sie bekommen, aber keinen Frieden.

Carl Friedrich von Weizsäcker